

# **Outsourcing kostet laut Studie kaum Jobs**

*Von Mark Schieritz, Berlin*

**Die Auslagerung der Produktion nach Osteuropa belastet den deutschen Arbeitsmarkt weniger stark als vielfach vermutet. Vor allem hochwertige Jobs sind von einer möglichen Verlagerung betroffen.**

Zwischen 1990 und 2001 seien per saldo nur etwa 90.000 Jobs durch das so genannte Outsourcing verloren gegangen, so das Ergebnis einer Untersuchung des renommierten Londoner Forschungsinstituts CEPR, die der FTD vorliegt. Zum Vergleich: Allein im Jahr 2002 ging nach dem Platzen der Aktienblase die Beschäftigung um 241.000 zurück. "Die Osterweiterung wird zu erstaunlich wenig Jobverlagerungen führen, weil Arbeitsplätze in Deutschland in der Regel nicht mit denen im Osten im Wettbewerb stehen", heißt es.

In der so genannten Patriotismusdebatte um Jobverlagerungen dämpft die Studie damit Befürchtungen, wonach die Integration Osteuropas in die Weltwirtschaft zu einer massiven Abwanderung von Arbeitsplätzen führt. Die Auseinandersetzung hatte sich zuletzt durch die Ankündigung großer IT-Unternehmen zugespitzt, Jobexporte zu erwägen.

## **Neue Jobs durch zusätzliche Produktionskapazitäten**

Wie aus der Untersuchung, die auf Umfragen unter Unternehmen basiert, hervorgeht, haben deutsche Firmen in den vergangenen zehn Jahren 460.000 Stellen in Osteuropa geschaffen. Davon sei aber ein großer Teil dadurch entstanden, dass die Unternehmen etwa neue Märkte erschließen wollten und zusätzliche Produktionskapazitäten aufgebaut haben.

Zudem seien neue Stellen in Deutschland geschaffen worden, weil etwa deutsche Muttergesellschaften Produkte an ihre Töchter im Osten liefern. Alles in allem errechnet die Autorin der Papiers einen Nettoverlust von 89.196 Stellen in Deutschland. "Die Verlagerung hilft deutschen Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten", so das Papier.

Laut Studie werden künftig vor allem hochwertige Jobs von einer möglichen Verlagerung betroffen sein. Grund sei, dass in Deutschland ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrsche. Nötig sei deshalb mehr Einwanderung.